

E-Mail-Newsletter

Nr. 217, 16. Dezember 2019

Liebe Mitglieder, Fördermitglieder und Interessierte,

das Jahr 2019 neigt sich dem Ende zu. Es ist ein Jahr, das uns viele folgenschwere Gesetzesänderungen beschert hat, ein Jahr mit einigen drastischen Abschiebungsfällen — wie die in der Rubrik *Flüchtlingsarbeit* geschilderte Abschiebung von Fatima A. aus der Schule — und ein Jahr, das von strengerer Verwaltungspraxis der Behörden (z.B. im Bereich Mitwirkungspflichten) geprägt ist.

Und gleichzeitig steht 2019 auch für ein Jahr des Engagements für, mit und von Geflüchteten — man denke z.B. an die Bewegung "[Seebrücke](#)", an Großdemonstrationen wie "Ein Europa für Alle" im Mai und natürlich auch an die vielen Asylinitiativen und sonstigen ehrenamtlich Engagierten, die teilweise schon seit Jahrzehnten aktiv sind und nicht müde werden, sich vor Ort für zugewanderte Menschen einzusetzen. Und auch das Hauptamt hat 2019 eine weitergehende Professionalisierung erfahren, was man unter anderem an den vielen Arbeitshilfen, von denen einige auch in diesem Newsletter in der Rubrik *Publikationen/Materialien* zu finden sind, ablesen kann. Es bleibt zu hoffen, dass diese positive Entwicklung nicht durch die jüngsten Gesetzesänderungen (bspw. die zur Disposition stehende Sozial- und Verfahrensberatung durch Wohlfahrtsverbände in Erstaufnahmestellen) bzw. durch Fördermittelkürzungen unterlaufen wird.

Neben dem zivilgesellschaftlichen Protest gegen den restriktiven Geist des sog. "Migrationspakets" beginnt auch die Rechtsprechung, Mängel der im Schnelldurchlauf verabschiedeten Gesetze zu identifizieren. So urteilte bspw. das Sozialgericht Landshut, die im September eingeführte Leistungskürzung für Alleinstehende in Gemeinschaftsunterkünften sei verfassungswidrig. Dies zeigt auf, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, aber immer wieder in Vergessenheit zu geraten droht: Nur weil etwas in einem Gesetz steht, muss es noch lange nicht zulässig, verantwortbar oder gar richtig sein. Oder um mit den Worten von Sophie Scholl zu sprechen:

"Das Gesetz ändert sich. Das Gewissen nicht."

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen jede Menge Mut und Kraft für 2020! Und natürlich schöne und erholsame Feiertage!

Winterliche Grüße,

Der Vorstand und die Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats.

Hinweis: Wenn Sie am Ende der jeweiligen Beiträge auf "Weiterlesen..." klicken, gelangen Sie zur ausführlichen Darstellung auf unserer Homepage und finden dort auch zahlreiche weitere Dokumente und Medienberichte.

1. FLÜCHTLINGSARBEIT

Informationen, Tipps und Arbeitshilfen zur praktischen Flüchtlingshilfe in BaWü und darüber hinaus.

Klagen, Strafanzeigen und Petition nach Skandal-Abschiebung aus Emmendinger Schule

Anwalt von Fatima A. hält Abschiebung für rechtswidrig / Sogar der Leiter der Abschiebebehörde wies Stopp der Abschiebung an

Die Abschiebung der Schülerin Fatima A. aus einer Schule in Emmendingen hat ein juristisches Nachspiel. Der Anwalt von Fatima A. und ihrer Mutter, die am 27. Juni nach Nordmazedonien abgeschoben wurden, hat beim Verwaltungsgericht Freiburg beantragt, festzustellen, dass die Abschiebungen rechtswidrig waren und die beiden unverzüglich nach Deutschland zurückgeholt werden müssen. Besonders brisant: Aus der Akte geht hervor, dass der Leiter der für Abschiebungen zuständigen Abteilung 8 des Regierungspräsidiums Karlsruhe angewiesen hatte, die Abschiebung zu stornieren. Dennoch wurde diese durchgeführt.

[Weiterlesen ...](#)

Musterargumentation Leistungskürzungen wegen "Schicksalsgemeinschaft"

Die Rechtsanwälte Gerloff und Schank stellen ihre Schriftsätze für Widersprüche gegen die Leistungskürzungen zur Verfügung, die AsylbLG-beziehende Alleinstehende betreffen, die in Gemeinschaftsunterkünften wohnhaft sind. Diese werden seit September 2019 von Regelbedarfstufe 1 auf Regelbedarfstufe 2 herabgestuft, da sie angeblich in einer "Schicksalsgemeinschaft" leben. Wir raten allen Betroffenen, bei den Sozialbehörden Widerspruch einzulegen und einen Eilantrag beim Sozialgericht einzureichen. Bei weiteren Fragen wenden Sie sich gerne an uns.

[Schriftsätze Musterargumentation](#)

[SG Landshut: Leistungskürzung Alleinstehende verfassungswidrig](#)



Verlust der Heimat und grenzüberschreitende Freundschaft

Der neue Film "Zu weit weg" bereitet die Themen Zuwanderung und Integration für ein junges Publikum auf

Der auf internationalen Filmfestivals bereits mehrfach ausgezeichnete Film "Zu weit weg" handelt

vom Verlust der Heimat und der grenzüberschreitenden Kraft von Freundschaft. Dabei werden die Themen Zuwanderung und Integration für Kinder sensibel und verständlich aufgearbeitet. Der Film ist ab März 2020 in den Kinos zu sehen. Der Filmverleih organisiert gerne Sondervorstellungen, beispielsweise für Schulklassen.

[Weiterlesen ...](#)

In aller Kürze:

Spenden für junge Journalist*innen in Gambia

Der Verband junger Journalist*innen in Gambia möchte Nachwuchsreporter*innen befähigen, kritisch und unabhängig über den Themenkomplex Flucht, Migration, Rückkehr und Abschiebung zu berichten. Eine neue Generation von Reporter*innen soll die offiziellen Verlautbarungen kritisch hinterfragen und eigenständige Recherchen betreiben. Um diese wichtige Arbeit zu unterstützen, wird um Spenden gebeten. [Weiterlesen ...](#)

Hilfe für Roma-Schulkinder in Nordmazedonien

Die Beratungsstelle Pro Roma aus Waldkirch initiiert ein [Unterstützungsprojekt](#) für Roma-Kinder an einer Schule in Shutka / Nordmazedonien. Gemeinsam mit der örtlichen Roma-Organisation „Kham-Sijan“ (Sonne) sollen die Kinder an der Schule mit Kleidung, Schulmaterial und Mittagessen versorgt werden. Zur Unterstützung des Projekts wird um Spenden gebeten.

SOLWODI-Projekt: Methoden für Beratung geflüchteter Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt wurden

SOLWODI (Solidarity with women in distress) konzipierte mit anderen europäischen Partner*innen das Projekt "[Co-creating a counselling method for refugee women GBV victims](#)" (CCM-GBV). Innerhalb dieses Projektes werden Flüchtlingsfrauen in Ländern der Hauptflüchtlingsrouten über ihre Rechte aufgeklärt, unterstützt und dazu motiviert, von ihrer Gewalterfahrung zu berichten, indem ein spezielles Beratungs- und Betreuungssystem entwickelt wird.

Interviewpartner*innen gesucht: Situation junger Geflüchteter, die als problematisch oder nicht integrierbar gelten

Das Forschungsprojekt von Prof. Dr. Albert Scherr (Pädagogische Hochschule Freiburg) will einen Beitrag zu einer sachlichen und vorurteilsfreien Fundierung der Debatte über junge Geflüchtete leisten, die als problematisch, nicht integrierbar oder schwer erreichbar wahrgenommen werden.

[Weiterlesen ...](#)

Informationsaktion für angehende Jurist*innen: "Ich verteidige Menschenrechte. Und Du?"

Die Aktion ist eine Initiative von der Diakonie Deutschland, dem Deutschen Anwaltverein — Arbeitsgemeinschaft Migrationsrecht und dem Deutschen Caritasverband. Sie richtet sich an angehende Jurist*innen und möchte sie über den Beruf als Asyl-/Migrationsrechtsanwältin informieren und begeistern. [Videoclip](#) und [weitere Informationen](#)

Kläger*innen gesucht: Handyauslesung bei Asylsuchenden

Seit Juli 2017 können in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren Datenträger, vor allem Handys, ausgelesen und ausgewertet werden. Aus Sicht der Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V. (GFF) werden hierbei die Betroffenen in ihrer Selbstbestimmung verletzt. Aus diesem Grund sucht die GFF für strategische Verfahren geeignete Kläger*innen, um gegen die Auswertung von Handydaten durch das BAMF zu klagen. [Weiterlesen ...](#)

2. FLÜCHTLINGSPOLITIK

Informationen zur Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü, BRD und EU

Keine Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit

Studie zu nach Afghanistan abgeschobenen Menschen

Trotz Lebensgefahr schiebt die EU Geflüchtete nach Afghanistan ab. Medico International und seine Partnerorganisation AHRDO haben die Lage von Abgeschobenen und Rückkehrer*innen vor Ort untersucht.

Medico International / AHRDO, November 2019: Bericht "["Deportations to Afghanistan" \(Englisch\)](#)"
Zeit online, 27.11.2019: "["Die deutsche Abschiebepolitik hat keinen Bezug zur Realität"](#)" (Interview mit AHRDO-Geschäftsführer Hadi Marifat)

Das Recht auf Bildung und Zugang zur Regelschule für geflüchtete Kinder und Jugendliche in Aufnahmeeinrichtungen

Rechtsgutachten im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbands

Aus diesem Rechtsgutachten geht als Haupteckdaten hervor, dass die Bundesrepublik nach den Vorgaben des Völker-, EU- und Verfassungsrechts verpflichtet ist, für minderjährige Kinder von Asylsuchenden den Zugang zum Schul- und Bildungssystem spätestens drei Monate nach Äußerung des Asylbegehrens effektiv sicherzustellen. In diesem Licht werden die jüngsten Gesetzesänderungen im Bereich Erstaufnahme eingeschätzt.

Paritätischer Gesamtverband, November 2019: ["Das Recht auf Bildung und Zugang zur Regelschule für geflüchtete Kinder und Jugendliche in Aufnahmeeinrichtung der Bundesländer — Ergebnisse des Rechtsgutachtens"](#)

Geflüchtete Minderjährige aus Griechenland aufnehmen!

Pressemitteilung der Landesflüchtlingsräte, des BumF und von Equal Rights Beyond Borders

Der Vorschlag des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen, ist bei Flüchtlingsräten, dem Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) und Equal Rights Beyond Borders auf ein positives Echo gestoßen.

[Weiterlesen ...](#)

Abschiebung light: Teuer, aber wenig wirksam

Studie zur "Freiwilligen Rückkehr"

Extrem staatstragend im Bereich der Flüchtlingspolitik ist alles, was der Aufenthaltsbeendigung dient. Hierbei gilt die "freiwillige Ausreise" als Königsweg, denn sie ist weitaus billiger als die Abschiebung und verursacht weniger politischen Lärm. Nun hat das BAMF eine wissenschaftliche Analyse über die Wirkungen des Anfang 2017 aufgelegten Rückkehrprogramms "Starthilfe Plus" vorgelegt.

[Weiterlesen ...](#)

Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten

Kontingent von 1000 Visaerteilungen pro Monat wird nicht ausgeschöpft

Im Sommer 2018 wurde der Familiennachzug zu Geflüchteten mit subsidiärem Schutz neu geregelt. Die Bundesregierung schuf mit dem § 36a AufenthG eine Gesetzesgrundlage, die es erlauben sollte, 1000 Visa pro Monat für Familienangehörige von in Deutschland lebenden subsidiär Schutzberechtigten zu erteilen. Aufgrund des komplizierten Verfahrens, in das unterschiedliche Behörden involviert sind, wurde im Jahr 2018 das monatliche Kontingent nicht ausgeschöpft. Dies änderte sich im ersten Halbjahr 2019, doch seit Juni sinken die Zahlen der erteilten Visa wieder. Das Problem liegt bei den deutschen Auslandsvertretungen und den dort (gewollt?) geringen Bearbeitungskapazitäten für Visumsanträge.

Bundestagdrucksache 19/13525, 25.09.2019: [Familiennachzug zu Flüchtlingen bis Mitte 2019 und diesbezügliche Prognose](#)

Migazin, 18.11.2019: ["Endloses Warten. Familiennachzug zu subsidiär Geschützten Bundesregierung erreicht selbstgesteckte Ziele nicht"](#)

In aller Kürze:

Unbegleitete Minderjährige von Baden-Baden aus abgeschoben

Zwei unbegleitete Minderjährige im Alter von 16 Jahren wurden am 18. September vom Flughafen Baden-Baden aus nach Albanien abgeschoben. Die Jugendlichen hatten in einer Jugendhilfeeinrichtung in Thüringen gewohnt. Der Flüchtlingsrat Thüringen hat zu dem Fall recherchiert und eine [Pressemitteilung](#) veröffentlicht.

UNICEF-Bericht: Deutschland missachtet Kindeswohl in Asylverfahren

Die Hilfsorganisation UNICEF kritisiert in ihrem [Bericht](#) besonders das Fehlen einheitlicher Standards zur Berücksichtigung der UN-Kinderrechtskonvention in Asylverfahren. Auch müsse in den Entscheidungen über den Aufenthaltsstatus der Kinder stärker auf die individuellen Lebensumstände in den jeweiligen Rückkehrländern geachtet werden, insbesondere wenn es sich dabei um sog. "sichere Herkunftsländer" handelt.

Verfassungsschutz lehnt immer mehr Bootsflüchtlinge ab

Deutsche Sicherheitsbehörden legen immer häufiger Einspruch gegen die Aufnahme von Bootsflüchtlingen ein. Von Ende April bis Oktober machten sie laut [Migazin](#) bei 323 Kontrollen in 47 Fällen Sicherheitsbedenken geltend. An den Sicherheitskontrollen und Befragungen der Flüchtlinge in Malta und Italien seien die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz beteiligt. Insbesondere die Aktivität letzterer Behörde stößt auf Kritik, da der Verfassungsschutz nur in absoluten Ausnahmen im Ausland tätig sein dürfe.

3. Aus der Rechtsprechung

EuGH: Neuer Asylantrag bei menschenunwürdigen Zuständen in anderen EU-Staaten zulässig

In einem Beschluss gegen Deutschland vom 13. November 2019 hat der EuGH bekräftigt, dass unmenschliche Lebensverhältnisse innerhalb der EU nicht ignoriert werden können. Wenn Geflüchteten in dem EU-Mitgliedstaat, in dem sie anerkannt sind, Menschenrechtsverletzungen drohen, darf ihr Antrag in einem anderen Mitgliedstaat nicht als "unzulässig" abgelehnt werden. Konkret ging es in dem Verfahren um syrische Staatsangehörige, die in Bulgarien einen Flüchtlingsstatus erhalten haben und 2014 aufgrund der schlechten Lebensbedingungen für Flüchtlinge von dort weiter nach Deutschland geflohen sind. Hier haben sie erneut Asylanträge gestellt, die vom BAMF wegen der schon bestehenden Flüchtlingsanerkennung in Bulgarien als "unzulässig" abgelehnt worden sind.

PRO ASYL, 04.12.2019: [EuGH: Neuer Asylantrag bei menschenunwürdigen Zuständen in anderen EU-Staaten zulässig](#)

SG Landshut: Leistungskürzung Alleinstehende verfassungswidrig

Das [Sozialgericht Landshut hat in einem Eilbeschluss](#) die Herabstufung von alleinstehenden AsylbLG-Beziehenden in einer Gemeinschaftsunterkunft von Regelbedarfstufe 1 in Regelbedarfstufe 2 vorläufig untersagt (entspricht einer zehnpromzentigen Leistungskürzung), da es diese neue Regelung als verfassungswidrig einschätzt. Wir raten allen alleinstehenden erwachsenen Leistungsberechtigten, die in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnen und in Regelbedarfsstufe 2 herabgestuft wurden, Rechtsmittel gegen die Entscheidung einzulegen.

[Weiterlesen ...](#)

VGH BW ruft bezüglich der Feststellung von subsidiärem Schutz von Flüchtlingen EuGH an

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat in der Frage, nach welchen Kriterien eine relevante Bedrohung der Zivilbevölkerung anzunehmen sei, die die Erteilung des subsidiären Schutz rechtfertige, den EuGH angerufen. Konkret ging es um die Fälle zweier Afghanen aus der Provinz Nangarhar, deren Asylanträge vom BAMF und vom Verwaltungsgericht abgelehnt wurden.

[Weiterlesen ...](#)

4. Neue Publikationen & Materialien

Neue Beratungsleitfäden für Hauptamtliche

Materialien des Projekts "Welcome2BW"

Im Rahmen des Projekts "Welcome2BW" sind insgesamt neun neue Beratungsleitfäden für Hauptamtliche erstellt worden. Diese sollen gerade neu einsteigenden Hauptamtlichen eine Hilfestellung bei Beratungsgesprächen geben. In den Leitfäden wird angegeben, welche Informationen die Hauptamtlichen von den Klient*innen erfragen sollen, außerdem werden nützliche Tipps gegeben und es wird auf weitergehende Informationen, Leitfäden und Gesetzestexte verwiesen.

[Weiterlesen ...](#)

Beiträge in einfacher Sprache auf der Flüchtlingshelfer-Webseite

Informationen für Geflüchtete

Auf der [Flüchtlingshelfer-Homepage](#) gibt es ab sofort in der Rubrik "Für Flüchtlinge" Beiträge in "einfacher Sprache" — damit auch Geflüchtete mit ersten Deutschkenntnissen an alle Informationen kommen, die sie brauchen. Die ersten Artikel sind schon in einfache Sprache übersetzt — nach und nach kommen immer mehr dazu. Im Moment findet man in der neuen Rubrik u.a. Informationen zu den Themen Asylverfahren, Ausbildung und Arbeit sowie Infos zu Sprachkursen.

Neue Ausgabe der ArrivalNews

Die neue Ausgabe der ArrivalNews — der Zeitung für Neubürger*innen — ist da und kann auf der [Website](#) von ArrivalNews abgerufen werden. Die ArrivalNews wird von der gemeinnützigen Organisation Arrival Aid veröffentlicht und bietet in einfachem Deutsch Informationen zu politisch und gesellschaftlich relevanten Themen. Außerdem veröffentlicht sie passende Stellen- und Ausbildungsangebote für die Region Stuttgart und beinhaltet ein Glossar mit der Erklärung schwieriger Vokabeln.

Beilage zum Asylmagazin: Das Migrationspaket

Nun auch als PDF abrufbar!

Die Beilage zum Asylmagazin 8-9/2019 fasst die wichtigsten Neuregelungen durch die verschiedenen Gesetze zusammen, die im Rahmen des sogenannten Migrationspakets im Sommer 2019 verabschiedet wurden und weitreichende Änderungen für das Asyl- und Aufenthaltsrecht mit sich bringen. Interessierte können die Broschüre nun auch im PDF-Format online auf der Webseite des [Informationsverbunds Asyl & Migration](#) abrufen.

Zusammenstellung Arbeitshilfen zum Migrationspaket

Der Informationsverbund Asyl & Migration hat eine Übersicht von Arbeitshilfen zusammengestellt, welche sich mit den Änderungen des Migrationspakets befassen. Die Zusammenstellung kann auf der Seite des [Informationsverbunds](#) auch als PDF abgerufen werden.

Neue Arbeitshilfe zum Thema "Mitwirkungspflichten bei der Identitätsklärung"

Das Thüringer IvAF-Projekts "Bleib dran" hat eine neue Arbeitshilfe zum Thema "Mitwirkungspflichten bei der Identitätsklärung/Passbeschaffung für Menschen mit Duldung" erstellt. Die Arbeitshilfe richtet sich mit kompakten Hinweisen und Tipps zur Thematik direkt an Menschen mit Duldung, kann aber auch in der Beratung und Begleitung von geflüchteten Menschen hilfreich und unterstützend angewandt werden.

[Arbeitshilfe Mitwirkungspflichten](#)

[Weitere Materialien zum Thema](#)



Arbeitshilfe zum Thema Flucht und Migration
Soziale Rechte für Geflüchtete –
Das Asylbewerberleistungsgesetz

Der Verband hat die neue Handreichung zum Asylbewerberleistungsgesetz (Sonderauswertungen) herausgegeben. Sie enthält die neuen rechtlichen Änderungen im Hinblick auf die Asylbewerberleistungen durch das Migrationspaket und ist eine Vorabveröffentlichung, die Teil der umfangreicheren Arbeitshilfe "Soziale Rechte für Geflüchtete" sein soll, die demnächst in einer aktualisierten dritten Auflage erscheinen wird.

Arbeitshilfe "Das Asylbewerberleistungsgesetz"

Der Paritätische Gesamtverband hat eine Arbeitshilfe zum Thema "Soziale Rechte für Geflüchtete — Das Asylbewerberleistungsgesetz" herausgegeben. Die Arbeitshilfe beinhaltet die neuen rechtlichen Änderungen im Hinblick auf die Asylbewerberleistungen durch das Migrationspaket und ist eine Vorabveröffentlichung, die Teil der umfangreicheren Arbeitshilfe "Soziale Rechte für Geflüchtete" sein soll, die demnächst in einer aktualisierten dritten Auflage erscheinen wird.

Der Paritätische, Oktober 2019: [Soziale Rechte für Geflüchtete — Das Asylbewerberleistungsgesetz](#)

Linkzusammenstellung zur psychischen Gesundheit von Geflüchteten

Die Caritas Breisgau-Hochschwarzwald hat ein [Infoblatt](#) veröffentlicht, das eine Linksammlung mit Informationen zur psychischen Gesundheit im Kontext Flucht enthält. Das Infoblatt bietet zum einen allgemeine Informationen und Materialien zum Thema und zum anderen konkrete Anlaufstellen in der Region Breisgau-Hochschwarzwald.



Broschüre: "Was tun nach einem rassistischen Angriff?"

Mehrsprachige, digitale Handreichung für Betroffene und Unterstützer*innen

Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) und die Opferberatung Rheinland (OBR) haben einen Ratgeber erstellt, der Betroffene von rassistischer Gewalt in zehn Sprachen über wichtige Sofortmaßnahmen sowie bundesweite Beratungsangebote informiert. Die Handreichung ist in einfacher Sprache geschrieben und mit vielen Illustrationen versehen und somit verständlich und niedrigschwellig gestaltet. Die verschiedensprachigen Fassungen sind [hier](#) abrufbar.

Handbuch: Bildungspraxis zu den Themen Flucht, Asyl und rassistische Diskriminierung

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat das [Handbuch "Maßstab Menschenrechte — Bildungspraxis zu den Themen Flucht, Asyl und rassistische Diskriminierung"](#) veröffentlicht. Es richtet sich an alle Personen, Gruppen und Institutionen, die pädagogisch zu Menschenrechten, Flucht, Asyl und/oder rassistischer Diskriminierung arbeiten oder daran interessiert sind. Das Handbuch enthält längere und kürzere Texte, aufgezeichnete Gespräche beziehungsweise schriftlich geführte Interviews und auch Zeichnungen.

Arbeitshilfe: Widerrufs- und Rücknahmeverfahren — Was heißt das und was tun?

Seit einiger Zeit erhalten Geflüchtete, deren Asylverfahren positiv ausgegangen sind, Briefe vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. In diesen Schreiben steht, dass neu geprüft werde, ob der bisherige Schutzstatus erhalten bleibt. Die Mehrzahl der eingeleiteten Verfahren führt nicht zu einem Widerruf des Schutzstatus, erfüllt für die Behörden aber den Zweck einer Identitätsklärung. Der Schutzstatus wurde im 1. Halbjahr 2019 tatsächlich in weniger als 3 Prozent der Fälle widerrufen oder zurückgenommen. Vor diesem Hintergrund gibt es keinen Grund, in Angst oder gar Panik zu verfallen. Die neue Arbeitshilfe der Flüchtlingsräte Niedersachsen und Thüringen liefert einen kurzen Überblick zu Widerrufs- und Rücknahmeverfahren und informiert über Handlungsmöglichkeiten.

[Arbeitshilfe als PDF](#)

[Weitere Materialien und Hinweise](#)

5. Veranstaltungshinweise

18.12.2019

Webinar "Überblick: Die Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung"

Mittwoch, 18. Dezember 2019, 18:00-19:30, Teilnahme über Link bei Anmeldung

Im Januar 2020 tritt das "Gesetz über die Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung" in Kraft. Dieses beinhaltet Änderungen an der bereits existierenden Ausbildungsduldung. Außerdem wird die Beschäftigungsduldung neu eingeführt. Das Webinar bietet einen ersten Überblick über die neuen Regelungen. Es richtet sich an ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit tätige Personen. Die maximale TN-Zahl liegt bei 20 Personen. Eine Anmeldung für die wenigen noch freien Plätze ist [hier](#) möglich.

Referentin: Julia Streib (Flüchtlingsrat BW)

Veranstaltung im Rahmen des Projekts "Aktiv für Flüchtlinge", gefördert vom Land Baden-Württemberg, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration"

25.01.2020

Einführung Asylrecht

**Samstag, 25. Januar 2020, 09:30-17:00 Uhr, Diakonisches Werk Landkreis Karlsruhe
Wörthstr. 7, 76646 Bruchsal**

Flucht und Asyl sind noch immer wichtige Themen in den Medien und im Landkreis Karlsruhe. Auch die Bereitschaft, sich für Geflüchtete einzusetzen, ist immer noch groß. Das Seminar bietet fundiertes Basiswissen zum Asyl- und Flüchtlingsrecht und vermittelt wichtige praktische Handlungskompetenzen für die Begleitung und Unterstützung von Geflüchteten.

[Weiterlesen ...](#)

28.01.2020

Anerkennung im Asylverfahren — und dann? Aufenthaltsverfestigung und Widerruf

**Montag, 28. Januar, 2020, 17:00-19:00 Uhr im Großen Ratssaal, Rathaus Bad Rappenau,
Kirchplatz 4, 74906 Bad Rappenau**

Wie geht es weiter nach der Anerkennung im Asylverfahren? Welche Möglichkeiten gibt es, zum dauerhaften Aufenthalt und perspektivisch auch zur Einbürgerung zu gelangen? Was passiert, wenn sich die Situation im Heimatland verbessert? In dieser Infoveranstaltung geht es um die Themen Widerrufsverfahren, Niederlassungserlaubnis und Einbürgerung. Die Veranstaltung findet auf Deutsch statt. Um Anmeldung an Jeanette Renk-Mulder (telefonisch unter 07264 - 922 375 / 922 376 oder per [Mail](#)) wird gebeten.

[Einladung und Programm](#)

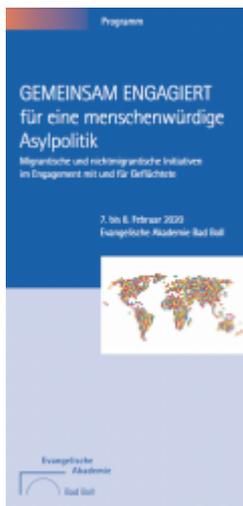
30.01.2020

Fortbildung für Hauptamtliche: Begleitung von Geflüchteten beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit

**Donnerstag, den 30. Januar 2020, 10:00–17:00 Uhr, Paritätisches
Mehrgenerationenzentrum, 70563 Stuttgart**

Das Netzwerk zur Integration von Flüchtlingen in Arbeit (NIFA) bietet am 30.01.2020 die ganztägige Fortbildung "Begleitung von Geflüchteten beim Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt" an. Zielgruppe sind Hauptamtliche in der Flüchtlingsarbeit oder Personen, die sich für ein Hauptamt qualifizieren möchten. Ziel der Fortbildung ist es, Hauptamtliche bzgl. der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zu sensibilisieren sowie Möglichkeiten der Vernetzung mit relevanten Akteur*innen aufzuzeigen.

[Weiterlesen ...](#)



07.02.2020

Tagung: GEMEINSAM ENGAGIERT für eine menschenwürdige Asylpolitik

Freitag, 7. Februar bis Samstag, 8. Februar 2020, Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll

Von einer „Willkommenskultur“ kann in Deutschland kaum mehr die Rede sein: Inzwischen werden Geflüchtete häufig eher als „Gefährder“ denn als Mitmenschen wahrgenommen. Verschärfungen im Asylrecht und Rassismus im Alltag erschweren eine Begleitung der Menschen, sind Stolpersteine für eine aktive Teilhabe in der Gesellschaft. Akteure in Verbänden und migrantischen Initiativen engagieren sich in Kirchen und Kommunen gemeinsam für diese Teilhabe und gegen menschenfeindliche Hürden. Die Tagung fragt danach, wie das gemeinsame Engagement für Geflüchtete weiterentwickelt und besser vernetzt werden kann.

[Informationen zur Tagung auf der Homepage der Evangelischen Akademie Bad Boll](#)

[Flyer der Tagung](#)

IN EIGENER SACHE:

Weihnachtspostkarte und Aufkleber des Flüchtlingsrats BW

Auf der [Homepage](#) des Flüchtlingsrats BW lassen sich ab sofort folgende Materialien neu bestellen:

[Weihnachtspostkarte "Alle Jahre wieder"](#)

[Aufkleber "Ich WÜRDE mitmachen"](#)

[Aufkleber "It's all about perspective"](#)

[Aufkleber "Ever seen a brown rainbow?"](#)

Rundbrief 3/19 "Erfolg" ab Januar 2020 bestellbar

Rückschläge, Enttäuschungen, Hiobsbotschaften, ständige Gesetzesverschärfungen, unverständliche Behördenentscheidungen, Wut, Frust und Ohnmacht ... das waren in den letzten Jahren die ständigen Begleiter der meisten Engagierten in der Flüchtlingsarbeit. Es wird zunehmend schwierig, die richtigen Worte zu finden, wenn man eine scheinbar endlose Aneinanderreihung von negativen Erlebnissen durchmacht. Dazu wollen wir mit dem Schwerpunktthema dieser Ausgabe einen Kontrapunkt setzen und die Erfolgserlebnisse in den Mittelpunkt stellen. Der Rundbrief wird ab Januar auf unserer [Homepage](#) bestellbar sein.



Die Beschäftigungsduldung

Handreichung des Flüchtlingsrats BW

Ab Januar 2020 besteht für Geduldete, die schon lange arbeiten und weitere Voraussetzungen erfüllen, die Möglichkeit, eine Beschäftigungsduldung zu erhalten. Eine neue Broschüre des Flüchtlingsrats BW erklärt, was die Beschäftigungsduldung ist, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit sie erteilt werden kann, und wie die Beschäftigungsduldung zu einer Aufenthaltserlaubnis führt. Die Broschüre liegt nur in deutscher Sprache vor und richtet sich in erster Linie an ehrenamtlich Engagierte. Ab Januar kann man die Broschüre als Druckversion erhalten, Vorbestellungen sind unter info@fluechtlingsrat-bw.de möglich.
Flüchtlingsrat BW, Dezember 2019: [Broschüre "Die Beschäftigungsduldung"](#)

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., GLS Bank, BLZ 430 609 67, Kto. Nr. 70 07 11 89 01, IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01, BIQ: GENODEM1GLS

Autor*innen der Beiträge: Seán McGinley, Melanie Skiba, Stella Hofmann, Philipp Schweinfurth, Sebastian Röder, Volker Löffler, Laura Gudd, Julia Streib, Maren Schulz, Pauline Eininger
Redaktion: Seán McGinley, Melanie Skiba, Klaus Harder, Maren Schulz

Der Newsletter erscheint im zweimonatigen Turnus.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter www.fluechtlingsrat-bw.de/e-mail-news.html

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Der Newsletter wird im Rahmen des Projekts „Aktiv für Flüchtlinge“ gefördert durch das Land Baden-Württemberg, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Der Flüchtlingsrat BW wird außerdem unterstützt durch PRO ASYL, das Diakonische Werk Württemberg, die Evangelische Kirche Baden, die UNO-Flüchtlingshilfe und die Diözese Rottenburg-Stuttgart.